## **Inhaltsverzeichnis**

### 22.06.2016 Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten

#### Sitzungsdokumente

Einladung Ausschüsse

Niederschrift ö BürgA 28.04.2016

#### Vorlagendokumente / Antragsdokumente

**Top Ö 5** Anregung nach §24 GO vom 08.04.2016 betr. Beschilderung der

Siebengebirgsstraße, sowie der Schumannstraße

Vorlage

Vorlage: 269/2016-9 Vorlage:

269/2016-9

Vorlage: 269/2016-9

Anregung

# Einladung



Sitzung Nr.	41/2016
BürgA Nr.	4/2016

An die Mitglieder des **Ausschusses für Bürgerangelegenheiten** <u>der Stadt Bornheim</u>

Bornheim, den 06.06.2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur nächsten Sitzung des **Ausschusses für Bürgerangelegenheiten** der Stadt Bornheim lade ich Sie herzlich ein.

Die Sitzung findet am Mittwoch, 22.06.2016, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2, statt.

Die Tagesordnung habe ich im Benehmen mit dem Bürgermeister wie folgt festgesetzt:

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	Öffentliche Sitzung	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 27/2016 vom	
	28.04.2016	
5	Anregung nach §24 GO vom 08.04.2016 betr. Beschilderung der Sie-	269/2016-9
	bengebirgsstraße, sowie der Schumannstraße	
6	Anregung nach §24 GO vom 12.05.2016 betr. Befreiung von den gestalterischen festsetzungen des Bebauungsplans BO 16	411/2016-6
7	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen	445/2016-1
'	Sitzungen	1.10,2010 1
8	Anfragen mündlich	

Mit freundlichen Grüßen

Gezeichnet:

Christian Koch (Vorsitzende/r)

beglaubigt:

(Verwaltungsfachwirt)

## **Niederschrift**



Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten der Stadt Bornheim am Donnerstag, 28.04.2016, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2

Х	Öffentliche Sitzung	Sitzu
	Nicht-öffentliche Sitzung	Bürg

BürgA Nr.	3/2016
Sitzung Nr.	27/2016

#### <u>Anwesende</u>

Vorsitzender

Koch, Christian FDP-Fraktion

**Mitglieder** 

Aharchi, Loubna SPD-Fraktion Geuer, Theo CDU-Fraktion

Gilles, Hans Günter UWG/Forum-Fraktion

Großmann, Stefan
Heßling, Günter
Kleinekathöfer, Ute
Lamprichs, Holger
Schnitker, Kai
CDU-Fraktion
SPD-Fraktion
CDU-Fraktion
Fraktion-DIE LINKE

Velten, Konrad CDU-Fraktion
Weiler, Marcel fraktionslos

stv. Mitglieder

Quadt-Herte, Manfred Bündnis 90/Grüne-Fraktion ab TOP 6

Stadler, Harald SPD-Fraktion

Verwaltungsvertreter Geurtsen, Stefanie Pieck, Johannes

Schriftführerin Altaner, Petra

Nicht anwesend (entschuldigt)

Gesell, Andrea Bündnis 90/Grüne-Fraktion

Jaritz, Karin SPD-Fraktion

#### Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	Öffentliche Sitzung	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 05/2016 vom 27.01.2016 und Nr. 20/2016 vom 15.03.2016	
5	Anregung nach §24 GO vom 20.03.2016 betr. zu errichtende Parkflächen in der Rheinstr. 169	242/2016-9
6	Mitteilung betr. Fällarbeiten auf dem Gelände an der Hemmericher	258/2016-6

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	Burg	
7	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen	246/2016-1
	Sitzungen	
8	Anfragen mündlich	

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

AV Christian Koch eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt: TOP 1 – 8.

	Öffentliche Sitzung	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

Frau Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

#### 2 Verpflichtung von Ausschussmitgliedern

Es wurde kein Ausschussmitglied verpflichtet.

#### 3 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde entfällt, da keine Fragen vorliegen.

# 4 Entgegennahme der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 05/2016 vom 27.01.2016 und Nr. 20/2016 vom 15.03.2016

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten erhebt gegen den Inhalt der Niederschriften über die Sitzung Nr. 05/2016 vom 27.01.2016 und Nr. 20/2016 vom 15.03.2016 keine Einwände.

5	Anregung nach §24 GO vom 20.03.2016 betr. zu errichtende Park-	242/2016-9
	flächen in der Rheinstr. 169	

Der Petent erläutert seine Anregung.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten empfiehlt dem Ausschuss für Stadtentwicklung, wie folgt zu beschließen:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung,

- 1. die Angelegenheit in einem straßenverkehrsrechtlichen Anhörverfahren nach § 45 StVO zu prüfen und dabei die Parksituation rund um die Bushaltestelle mit einzubeziehen,
- die nötigen Anordnungen, für eine möglichst große Parkfläche vor den Häusern Nrn.
   169 und 171 zu treffen und
- 3. dem Ausschuss über die Ergebnisse zu berichten.
- Einstimmig -

#### 6 Mitteilung betr. Fällarbeiten auf dem Gelände an der Hemmericher Burg 258/2016-6

Der Petent erläutert seine gestellten Nachfragen, die vorab bereits per Mail an die Stadtverwaltung formuliert worden waren, die mit der Ergänzungsvorlage zur Vorlage-Nr. 258/2016-6 beantwortet wurden.

-Kenntnis genommen-

7	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorheri-	246/2016-1
	gen Sitzungen	

Keine.

#### 8 Anfragen mündlich

Keine.

Ende der Sitzung: 18:47 Uhr

gez. Christian Koch Vorsitz gez. Petra Altaner Schriftführung



Ausschuss für Bürgerangelegenheiten		22.06.2016
Ausschuss für Stadtentwicklung		29.06.2016
<u>öffentlich</u>	Vorlage Nr.	269/2016-9
	Stand	18.05.2016

## Betreff Anregung nach § 24 GO vom 08.04.2016 betr. Beschilderung der Siebengebirgsstraße, sowie der Schumannstraße

#### Beschlussentwurf für den Ausschuss für Bürgerangelegenheiten:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten empfiehlt dem Ausschuss für Stadtentwicklung wie folgt zu beschließen: siehe Beschluss Ausschuss für Stadtentwicklung

#### Beschlussentwurf für den Ausschuss für Stadtentwicklung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und betrachtet die Angelegenheit als erledigt.

#### **Sachverhalt**

Die beigefügte Anregung der Interessengemeinschaft Siebengebirgs- und Schumannstraße vom 08.04.2016 richtet sich gegen straßenverkehrsrechtliche Anordnungen gem. § 45 Straßenverkehrsordnung (StVO) vom 16.07. und 09.11.2015, mit denen in der Siebengebirgs- und Spessartstraße in Rösberg sowie in der Schumannstraße in Merten vorhandene Verkehrszeichen geändert wurden, um die auf den angrenzenden Wirtschaftswegen bestehenden Durchfahrtsverbote zu verdeutlichen.

Darüber hinaus beantragt die Interessengemeinschaft, die Verkehrsführung so zu gestalten, dass für die Anlieger zwischen der Siebengebirgsstraße und der Schumannstraße die Durchfahrt in beide Richtungen über den verbindenden Wirtschaftsweg ermöglicht wird.

Auf die kleine Anfrage des Ratsmitgliedes Christian Koch gem. § 19 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Bornheim vom 16.01.2016 zu diesem Thema wird verwiesen.

Zur der Anregung nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Nach der Verkehrsrahmenplanung handelt es sich bei der Siebengebirgs-, Spessart- und Schumannstraße um Anliegerstraßen. Der zwischen der Siebengebirgsstraße und der Schumannstraße befindliche Straßenteil ist als Wirtschaftsweg ausgewiesen und war bis Juli 2015 aus beiden Richtungen mit Verkehrszeichen 260 StVO (Verbot für Krafträder, Mofas sowie Kraftwagen und sonstige mehrspurige Kfz) mit dem Zusatz 1026-36 StVO (Landwirtschaftlicher Verkehr frei) beschildert.

Bereits seit den frühen 1980er Jahren wurde von Anwohnern der Siebengebirgs- und Schumannstraße wiederholt Beschwerden über illegale Durchfahrten auf dem Wirtschaftsweg und hohes Geschwindigkeitsverhalten in den genannten Anliegerstraßen geführt. Diese wurden jeweils an die für die Überwachung des fließenden Verkehrs zuständige Polizei weitergeleitet, die daraufhin stichprobenartige Kontrollen vornahm.

Nachdem sich ab dem Jahre 2014 derartige Beschwerden häuften, wurde die Verkehrssituation in einem straßenverkehrsrechtlichen Anhörverfahren am 24.03.2015 überprüft. Ergebnis des Verfahrens war, dass das auf dem Wirtschaftsweg aus beiden Richtungen geltende Durchfahrtsverbot ordnungsgemäß beschildert war, aber dennoch von einer Vielzahl von Verkehrsteilnehmern missachtet wurde.

Daher bestand Handlungsbedarf dem Durchfahrtsverbot Nachdruck zu verleihen und den Austausch der aus beiden Richtungen am Anfang des Wirtschaftsweges vorhandenen VZ 260 StVO mit Zusatz gegen VZ 267 StVO (Verbot der Einfahrt) mit den Zusatzschildern "Landwirtschaftlicher Verkehrs frei" sowie "Radfahrer und Lieferverkehr frei" anzuordnen.

Als Konsequenz dieser Maßnahme war es außerdem erforderlich, bereits am Beginn der Siebengebirgs-, Spessart- und Schumannstraße mit VZ 357-50 StVO (Für Radfahrer und Fußgänger durchlässige Sackgasse) und den Zusatzzeichen 2024 StVO (Keine Wendemöglichkeit) und 1004-32 StVO (Entfernungsangabe) auf das Durchfahrtsverbot hinzuweisen, um unnötige Fehlfahrten und Wendemanöver auszuschließen.

Somit wurden keine zusätzlichen Verbote angeordnet, sondern lediglich das bestehende Durchfahrtsverbot auf dem Wirtschaftsweg verdeutlicht.

Insoweit basieren die Anträge der Interessegemeinschaft auf der falschen Annahme, dass die Verbindung zwischen Siebengebirgs- und Schumannstraße eine frei befahrbare öffentliche Straße sei. Wie dargestellt, handelt es sich jedoch um einen Wirtschaftsweg, der schon aufgrund seiner geringen Breite und der sonstigen Beschaffenheit nicht für sichere Verkehrsabläufe im Gegenverkehr geeignet ist. Auch die weitergehenden Argumente der Antragsteller, wie z.B. fehlende Wendemöglichkeiten auf Privatgrundstücken, längere Fahrstrecken und Verkehrsprobleme bei winterlichen Fahrbahnverhältnissen führen zu keinem anderen Ergebnis. Für die gewünschte Verkehrsfunktion wäre daher zunächst ein Straßenausbau erforderlich, der entsprechend der Beschlusslage in den Ratsgremien derzeit nicht vorgesehen ist.

Zudem würde die Freigabe dieses Wirtschaftsweges einen Präzedenzfall darstellen, weil in einer Vielzahl von gleichgelagerten Fällen über Wirtschaftswege Verbindungen zwischen einzelnen Ortschaften bestehen. Daher kommt auch die angeregte Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für die Anwohner zum Befahren des gesperrten Wirtschaftsweges nicht in Betracht.

Für weitere straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen wird daher derzeit kein Handlungsbedarf gesehen.

#### Finanzielle Auswirkungen

keine

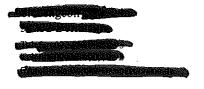
#### **Anlagen zum Sachverhalt**

Anregung



An den Vorsitzenden des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten - Herrn Christian Koch -Rathausstraße 2

53332 Bornheim



Bitte stets angeben:

Beschilderung 2015/2016

2016-04-08

#### Anregung nach § 24 GO NRW

Beschilderung der Siebengebirgsstraße in 53332 Bornheim-Rösberg sowie der Schumannstraße in 53332 Bornheim-Merten

hier: - Änderung der Verkehrsschilder,

- Straßenverhältnisse bei bestimmten Witterungsverhältnissen

Sehr geehrter Herr Koch,

hiermit zeige ich die Vertretung der Interessengemeinschaft Bornheim-Rösberg, Siebengebirgsstraße – Bornheim-Merten, Schumannstraße an. Die entsprechende Unterschriftenliste ist beigefügt.

Bitte setzen Sie den nachstehenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten am 22.06.2016:

Der Ausschuss empfiehlt, die Verkehrsführung in der Siebengebirgsstraße (Bornheim-Rösberg) und der Schumannstraße (Bornheim-Merten) so zu gestalten, dass die Straßen für die Anlieger durchgehend in beide Richtungen befahrbar sind.

#### Begründung:

Die genannten Straßen verbinden die Ortschaften Bornheim-Rösberg und Bornheim-Merten miteinander. Sie bilden mithin eine Einheit, sind jedoch für die Anlieger beider Straßen zur Einfahrt nicht erlaubt, sondern lediglich für den landwirtschaftlichen Verkehr und Lieferfahrzeuge freigegeben.

Bereits im Jahre 2010 haben sich die Anwohner der Siebengebirgsstraße mittels einer Unterschriftenliste gegen die Verkehrsführung in der Siebengebirgsstraße gewandt, so u.a. auch deswegen, weil bei bestimmten Witterungsverhältnissen ein Hinauffahren des steilen Berges in Richtung Steinstraße nicht möglich, die Durchfahrt nach Merten seitens der Stadt Bornheim verboten war (und immer noch ist).

Nun aber wurden seitens der Stadt Bornheim im November 2015 in beide Richtungen neue Verkehrsschilder aufgestellt. Die Stadt begründet dies wie folgt:

"Das fortgesetzte illegale Befahren dieser landwirtschaftlichen Wege führte in der Vergangenheit zu regelmäßigen Beschwerden aus der Bevölkerung (Anwohner, Fußgänger und Radfahrer).

Daher wurde die Angelegenheit im nach der Straßenverkehrsordnung vorgeschriebenen Anhörverfahren überprüft, um eine Verdeutlichung der bestehenden Regelung zu erzielen und das Bewusstsein zu schärfen, dass eine legale Durchfahrtsmöglichkeit lediglich für Landwirtschaft und Radfahrer besteht."

Inzwischen aber wurde bekannt, dass dieses Anhörungsverfahren und die sog. Verdeutlichung der bereits bestehenden Rechtslage aufgrund der Beschwerde einer einzigen Person in der Schumannstraße durchgeführt wurde.

Die Empörung der Anlieger ist sehr groß, denn welche Einflussmöglichkeiten muss diese besagte Person haben, dass die Stadt solche Maßnahmen ergreift und dabei – weil ja lediglich zur Verdeutlichung einer bestehenden Rechtslage – noch Steuergelder in beträchtlicher Höhe verschwendet. Die Interessen der zahlreichen Anlieger aus der Siebengebirgsstraße, die sich bereits im Jahre 2010 gegen die bestehende Verkehrsregelung gewandt hat, ist für die Stadt hingegen völlig ohne Bedeutung. Hinzu kommt, dass die Anlieger der Schumannstraße nicht den örtlichen, extremen Gegebenheiten so ausgesetzt sind wie Diejenigen der Siebengebirgsstraße.

Ferner hat sich – entgegen der Behauptung der Stadt, es sei nur eine bestehende Rechtslage verdeutlicht worden – die Situation dennoch verschärft: die Bußgelder sind höher geworden.

Weiterhin kommt hinzu, dass sich die Anzahl der Fahrzeuge pro Haushalt in den letzten Jahren deutlich erhöht hat. Es sind nicht genügend private Parkplätze vorhanden, so dass auf der Straße geparkt werden muss. Dann aber besteht auch keine Möglichkeit mehr, auf den privaten Parkplätzen zu wenden, so dass es aufgrund der Beschilderung lediglich möglich ist, entweder rückwärts den Berg hoch wieder in Richtung Steinstraße oder aber gegen die nunmehr geltende Straßenverkehrsordnung zu verstoßen und nach Merten den Berg runter zu fahren:

Auch für die Schumannstraße gibt es keine Wendemöglichkeit, so dass ein Rückwärtsfahren vorbei an spielenden Kindern, Fußgängern und parkenden Autos erforderlich ist. So hatten z.B. Bewohner der Schumannstraße zeitweise ihre privaten Parkplätze abgesperrt um jegliche Wendemöglichkeit Fremder zu verhindern.

Die Parkplätze der Nachbarn im Hinblick auf Wendemöglichkeiten zu benutzen, kann ohne deren ausdrückliche Erlaubnis nicht geschehen, auf diese Erlaubnis besteht aber auch kein Rechtsanspruch.

Schließlich hat die Stadt Bornheim bei ihrer Entscheidungsfindung auch außer Acht gelassen, dass die Anwohner der Siebengebirgsstraße oft große Umwege fahren müssen, um z.B. Besorgungen in Merten oder Friedhofsbesuche erledigen zu können. Hervorzuheben sei ferner, dass ein Anwohner, der am Ende der Siebengebirgsstraße wohnt, Einsatzleiter bei der freiwilligen Feuerwehr ist und aufgrund der Beschilderung oft ggf. nur verspätet seinen Einsatzort erreichen kann.

Infolgedessen sind Ärger und Empörung bei den Anwohnern in jeder Hinsicht nachvollziehbar.

Es muss dringend Abhilfe geschaffen werden.

Zusammenfassend weise ich darauf hin, dass es auch im Interesse der Anlieger liegt, eine Verkehrsberuhigung einzurichten, jedoch ohne Behinderung für die Anwohner selbst.

Dies wäre z.B. möglich

- durch Freigabe der beiden Straßen in beide Richtungen für die Anlieger durch die Aufstellung entsprechender Schilder,
- durch Erteilung einer Sondergenehmigung für alle Anlieger, wie dies auch in Bezug auf z.B. Lieferfahrzeuge, Post gilt,
- durch eine sonstige Verkehrsberuhigung, jedoch ohne Behinderung für die Anwohner.

Mit freundlichen Grüßen



# Interessengemeinschaft Siebengebirgsstraße – Schumannstraße

hier: Verkehrsverhältnisse Siebengebirgsstraße, Rösberg Schumannstraße, Merten
Unterschriftenliste, März 2016

Name	Unterschrift	Datum
		39.02.2016
		29.2.16
		29.2.K
		101.6.6
		29216
		29.02.46
		29.02.16
		27.00.16
		20016
		29.02.16
		,
4 0		23.02.16
		29,2.16

<u> </u>		별기는 (1) 전화되었는 설립함기 (1) 전환함인
lame	Unterschrift	Datum
		1.3.16
		1,3,16
		1. 3. 16
		1.3.16
		3.3.16
		,
		3316
		4.3.16
<u> </u>		
		4.8.16
		7.3,16
		7.3.16
		7.3.16
		7.3.16
<u>y</u>		7,3,16
		7.05.10

Name	Unterschrift	Datum
		7.2.M
		7.3.46
		7.3.16
		8.3.16
		S. 3. 16
		09.03.16 09.03.16
		09 03:16
		10.03.201
		10.03.20
· .		11.03.2016
	,	
		11.3.201
		11.3.201

# Inhaltsverzeichnis

41/2016, 22.06.2016, Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten	1
Sitzungsdokumente	
Einladung Ausschüsse	2
Niederschrift ö BürgA 28.04.2016	3
Vorlagendokumente	
TOP Ö 5 Anregung nach §24 GO vom 08.04.2016 betr. Beschilderung der Sie	bengebir
Vorlage 269/2016-9	6
Anregung 269/2016-9	8
Inhaltsverzeichnis	15